



Presseschau vom 17.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

armiyadnr.su: Eilmittteilung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR E. Basurin

Heute haben von der Kiewer Regierung kontrollierte Massenmedien eine weitere **Falschmeldung** herausgegeben, die sich auf den Pressedienst der 128. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte bezieht. Sie haben die Streitkräfte der DVR beschuldigt, **angeblich Sajzewo während der Übergabe von humanitärer Hilfe durch Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz an die Einwohner beschossen** zu haben. Ich erkläre verantwortlich, dass dies eine weitere Lüge ist, die auf die Diskreditierung der Streitkräfte der DVR gerichtet ist. Von den Beobachtern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination wurden in dem genannten Bezirk keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von unserer Seite festgestellt.

Ich teile auch mit, dass die Vertreter des IKRK in Anwesenheit von Offizieren der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination die Übergabe der humanitären Hilfe an die Einwohner von Sajzewo vollständig, ohne Störungen durchgeführt haben. Das Regime der „Ruhe“ wurde nach den Worten der Mitarbeiter des Roten Kreuzes selbst von beiden Seiten eingehalten.

Meinerseits will ich anmerken, dass gegen 14 Uhr von den Positionen der 128. Brigade in der Nähe von Nowoluganskoje ein Beschuss der Umgebung von Golmowskij mit Mörsern und Granatwerfern durchgeführt wurde. **Unter zielgerichtetem Beschuss** ukrainischer Soldaten gerieten **Journalisten des Fernsehsender „TW Zentr“**. Zum Glück wurde niemand verletzt.

de.sputniknews.com: USA rufen China zu erhöhtem Druck auf Nordkorea auf
Joseph Dunford, Chef des US-Generalsstabs, hat die Regierung Chinas aufgerufen, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. Dies teilt am Mittwoch die Zeitung „The Washington Post“ unter Berufung auf eine Erklärung des Pentagons mit.

„General Dunford hat eindeutig klar gemacht, dass das Raketen- und Atomprogramm Nordkoreas die ganze Weltgemeinschaft bedroht, einschließlich China, Russland, die USA und unsere Verbündeten“, heißt es in der Erklärung.

Am Mittwoch habe Dunford, so „The Washington Post“, Verhandlungen mit dem Generalstabschef der chinesischen Armee, Fang Fenghui, geführt. Die Seiten hätten ein Abkommen über die Erweiterung der Kontakte Pekings und Washingtons im Militärbereich unterzeichnet.

Laut Dunford ist solch eine Kooperation aufgrund der „steigenden Provokationen seitens Nordkoreas“ zurzeit sehr notwendig.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte heute die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo und Kalinowka**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Ukrinform.ua: Ukraine war Thema bei Treffen von Tillerson und Freeland
US-Außenminister Rex Tillerson hat sich am Mittwoch mit der kanadischen Außenministerin Chrystia Freeland getroffen.

Themen des Gesprächs waren unter anderem die Ukraine und Nordkorea, sagte die Sprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert. Die Politiker hätten auch über das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, weitere wirtschaftliche Fragen und Venezuela gesprochen.

de.sputniknews.com: **Moskau fordert Untersuchung zu C-Waffen-Lieferungen an Terroristen in Syrien**

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat dazu aufgerufen, die Daten über mögliche Lieferungen von Giftstoffen an syrische Extremisten durch Großbritannien und die USA zu prüfen.

Sollten sich die Angaben bestätigen, so wird dies ihm zufolge einen Verstoß gegen das Chemiewaffenübereinkommen bedeuten.

Wie Nebensja ausführte, kann die Überprüfung dieser Daten im Rahmen des gemeinsamen Untersuchungsteams der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und der Uno erfolgen.

Am Mittwoch trat der UN-Sicherheitsrat zu einer Sitzung zusammen, in deren Rahmen das sogenannte syrische Chemiedossier zur Sprache kam, wobei es aber nicht um mögliche Lieferungen von Giftstoffen durch Großbritannien und die USA nach Syrien ging.

Zuvor hatte der syrische Vize-Außenminister Faisal Mekdad die USA und Großbritannien beschuldigt, Terroristen in Syrien mit giftigen Reizstoffen zu beliefern. Nach seinen Angaben

hat die Regierungsarmee in mehreren ehemaligen Terroristenlagern entsprechende Munition entdeckt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31638/58/316385800.jpg>

Dan-news.info: „In der letzten Nacht haben die ukrainischen Truppen **Spartak** beschossen. In der Folge eines Treffers eines explosiven Objektes wurden ein Wohnhaus und eine Garage in der Tschapajew-Straße 28 beschädigt. Ebenfalls wurde in der Tschapajew-Straße 30 eine Garage beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Informationen über Tote und Verletzte sind nicht eingegangen. Weitere Informationen über Zerstörungen werde noch ermittelt.

Ukrinform.ua: Russische Dichterin persona non grata in der Ukraine

Die Liste der russischen Persönlichkeiten, denen die Einreise in die Ukraine verboten ist, wurde durch eine weitere russische Bürgerin, Dichterin Irina Astachowa, ergänzt, ließ der Assistent des Leiters des Staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine, Oleg Slobodjan, per Facebook mitteilen.

Die russische Dichterin Irina Astachowa war am 13. August in Odessa trotz der Proteste der lokalen Aktivisten wegen ihres Aufenthalts auf der besetzten Krim in 2015 aufgetreten. Die ukrainischen Behörden haben mehr als 50 russischen Schauspielern und Sängern die Einreise in die Ukraine für ihren Besuch auf der illegal besetzten Krim verboten.

de.sputniknews.com: Südkoreas Präsident sicher - auf der Halbinsel wird es keinen Krieg geben

Auf der koreanischen Halbinsel wird es keinen Krieg mehr geben, trotz der Drohungen von Gewaltanwendung seitens der USA, die für die Druckausübung auf Nordkorea nötig waren. Dies erklärte der südkoreanische Präsident Moon Jae-in am Donnerstag.

„Ich behaupte es mit Gewissheit, dass es auf der koreanischen Halbinsel keinen Krieg mehr geben wird. Die USA und der Präsident Donald Trump sind bereit, mit Südkorea die Aktionsvarianten abzustimmen, die sie zu unternehmen beabsichtigen, unabhängig davon, wie diese sein werden“, zitiert die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap Moon Jae-in. Ihm zufolge waren die Drohäußerungen von Trump vs Nordkorea darauf gerichtet, den Druck auf Nordkorea zu verstärken.

„Ich denke, dass Präsident Trump Druck auf Nordkorea auszuüben versuchte, um Entschlossenheit zu zeigen. Ich bin mir aber nicht sicher, dass dies seine Entschlossenheit zur Anwendung militärischer Varianten bedeutet“, unterstrich der südkoreanische Staatschef. Zuvor war berichtet worden, dass die wichtigste Oppositionspartei in Südkorea – „Das freie Korea“ – beabsichtige, die Stationierung von taktischen US-Kernwaffen im Land zu erzielen. Der Leiter der Abteilung für Korea und Mongolei des Instituts für Orientstudien (IOS) der Russischen Akademie der Wissenschaften, Alexander Woronzow, hat im Gespräch mit Journalisten auf die Abnahme der feindseligen Rhetorik seitens der USA und Nordkoreas hingewiesen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 60 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 25 Ortschaften der Republik mit Artillerie, Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden (Stand 17. August):

Dokutschajewsk, Melnikow-Straße 6, Wohnung 21 – Verglasung und Wände beschädigt

Dokutschajewsk, Krepkij-Straße 1 und 2 – Fassade und Verglasung beschädigt

Dokutschajewsk, Lenin-Straße 38/10 Wohnung 9 – Verglasung und Fassade beschädigt

Spartak, Tschapajew-Straße 28 – ein Haus geriet in Brand.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Assange: Russland an Hackerangriff auf Server der US-Demokraten nicht beteiligt

Der Chefredakteur von WikiLeaks, Julian Assange, hat sich mit dem republikanischen US-Kongress-Abgeordneten Dana Rohrabacher in der ecuadorianischen Botschaft in London getroffen. Darüber schreibt die US-Zeitung „The Hill“ am Donnerstag.

„Während unseres dreistündigen Treffens haben wir ein breites Spektrum von Fragen besprochen, einschließlich der Übergabe elektronischer Briefe der Demokratischen Partei seitens WikiLeaks im Laufe der Präsidentschaftswahlen im vorigen Jahr“, erklärte Rohrabacher.

Ihm zufolge habe Assange entschlossen betont, dass „Russen am Server- oder Email-Aufbruch nicht beteiligt waren“.

Das Kongressmitglied unterstrich, dass er dem US-Präsidenten Donald Trump eine detailliertere Information über das Treffen persönlich aushändigen werde.

„Julian gab auch zu verstehen, dass er für die weitere Erörterung konkreter Informationen bezüglich der Situation um die Emails der Demokratischen Partei, die heutzutage der Öffentlichkeit unbekannt seien, offen stünde“, schloss Rohrabacher.

Zuvor war berichtet worden, dass Assange persönlich das US-Außenamt vor dem Hackerangriff gewarnt haben soll.

Im Mai hatten die Medien die Dechiffrierung der Worte des Republikaner-Chefs über angebliche „Verbindungen“ Trumps zu Russland veröffentlicht.

Ukrinform.ua: Statistikdienst: Arbeitslosenzahl in der Ukraine innerhalb eines Jahres um 14 % gesunken

Zum Stand vom 1. August 2017 sei die Arbeitslosenzahl in der Ukraine im Vergleich zum gleichen Datum des Vorjahres um 14 % zurückgegangen, geht aus dem analytischen Bericht auf der Website des staatlichen Statistikdienstes der Ukraine hervor.

„Dank der Verbesserung der Effizienz der Arbeit bei der operativen Arbeitsvermittlung für die Bürger ist die Zahl der Arbeitslosen zum Stand vom 1. August 2017 verglichen mit dem

gleichen Datum des Jahres 2016 um 14 % gesunken (um 50 000)“, besagt der Bericht. Es wird auch angemerkt, dass die Zahl der von den Arbeitgebern für die staatliche Arbeitsvermittlung gegebenen Vakanzen zum Stand vom 1. August 2017 im Vergleich mit dem entsprechenden Datum letztes Jahr um 54 % gestiegen ist. Der Statistikdienst berichtet weiter, dass es zum Stand vom 1. August 2017 für einen Arbeitsplatz 5 Kandidaten gab, und zum gleichen Stand vom 1. August 2016 - 9 Kandidaten.

Lug-info.com: „In Swerdlowsk sind in der Folge der Detonation eines Geschosses **zwei Jungen**, geb. 2008, **verletzt** worden. Die Verletzten sind mit Splitterverletzungen im Gesicht und am Körper in nicht lebensgefährlich verletztem Zustand in das zentrale Stadt Krankenhaus von Swerdlowsk gebracht worden. Die Umstände des Geschehens werden noch ermittelt“, teilte der Vertreter des Koordinationszentrums für Krisensituation des Zivilschutzministeriums der LVR Konstantin Dachnenko mit.

Nachmittags:

Dan-news.nfo: Das erste Forum „Die Rolle der Frau in der Herausbildung eines einheitlichen kulturellen Raums“ hat heute in Donezk begonnen. Die Eröffnung fand im Foyer des Donezker staatlichen akademischen musikalisch-dramatischen Theaters statt.

Mit einem Grußwort wandte sich der Kulturminister der DVR Michail Sheltjakow an die Teilnehmer des Forums.

„Das heutige Forum findet mit Unterstützung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko statt. Wir haben Frauen des Donbass eingeladen und die Veranstaltung mit dem 25. Jahrestag der Frauenorganisation „Frauen des Donbass“ verbunden. Es ist schwer, sich eine Entwicklung der Kultur ohne Beteiligung von Frauen vorstellen, ihre Rolle beim Schöpfertum ist sehr groß. Deshalb ruft das Forum auf zur Vereinigung der Frauen und der Schaffung eines einheitlichen kulturellen Raum sowohl auf dem Territorium der DVR als auch auf dem zeitweise von Kiew kontrollierten Territorium“, sagte der Minister.

Sheltjakow gratulierte der Vorsitzenden der gesellschaftlichen Organisation „Frauen des Donbass“ Wera Pamasan zum Jahrestag der Organisation und überreichte ihr Blumen.

„Früher waren wir eine der größten gesellschaftlichen Organisationen, jetzt ist leider nicht so. Aber trotz der Kämpfe setzen wir unsere Arbeit fort, tun alles, damit diese Welt besser wird. Heute haben sich hier etwa 100 Aktivistinnen aus dem ganzen Donbass versammelt, davon 40 von von der Ukraine kontrollierten Territorium der Region“, sagte Pamasan.

Das Forum dauert zwei Tage. Die Aktivistinnen werden Fragen der patriotischen, geistigen und ästhetischen Erinnerung der heranwachsenden Generation, die Rolle der Frauenorganisationen beim Erhalt von Traditionen des Volkes sowie ihre Verbindung zu Kultureinrichtungen erörtern.

de.sputniknews.com: Sanktionen gegen Russland auf Deutschlands Wahlen aus?

Der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow hat sich am Donnerstag in einem Sputnik-Gespräch dazu geäußert, ob die neuen US-Sanktionen gegen Russland einen Einfluss auf die Bundestagswahlen in Deutschland ausüben werden.

„Deutschland ist unser wichtigster Partner im Nord-Stream-2-Projekt. Berlin hat durch verschiedene Vertreter mehrmals und konsequent seine Unterstützung für dieses Projekt bekundet, selbst dann, als dies jemandem nicht gefallen hat. Ich möchte dem Ausgang der Wahlen in Deutschland nicht vorgreifen. Dort wurden verschiedene Erklärungen abgegeben“,

so Tschischow

Einige Politiker hätten vorgeschlagen, die Position in Bezug auf die Krim zu revidieren, andererseits habe die EU auf Deutschlands Initiative hin nach der Situation um die Siemens-Turbinen kürzlich einige weitere Sanktionen gegen Russland verhängt, fügte Tschischow hinzu. Jedes Land lebe ja nicht im Vakuum, zumal in Europa, wo alles eng sei.

Dabei kommentierte Tschischow nicht die Chancen von Angela Merkel, wieder gewählt zu werden. Er sagte nur, dass die Wirtschaftssysteme der USA und Europas hart miteinander konkurrierten.

„Der US-Präsident hat Deutschland unlängst vorgeworfen, den US-amerikanischen Markt mit seinen Autos überschwemmt zu haben, obwohl sich das größte Montagewerk von BMW gerade in den USA befindet, d.h., dass dort Arbeitsplätze geschaffen sind“, so Tschischow weiter.

„Ich spreche nicht einmal von dem langjährigen Zweikampf zwischen den bekanntesten Flugzeugbauern Boeing und Airbus im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Dort erfolgt bereits seit mehr als zehn Jahren ein Austausch von Schlägen und gegenseitigen milliardenschweren Klagen.“

Trump hatte am 2. August ein Sanktionspaket gegen Russland unterzeichnet. Das zuvor von beiden Parlamentskammern abgeseignete Gesetz erweitert die Strafmaßnahmen gegen russische Banken und richtet sich zudem gegen alle Unternehmen, die sich an der Instandsetzung, der Modernisierung oder dem Ausbau russischer Exportpipelines beteiligen. Damit soll vor allem das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 von Russland nach Europa verhindert werden.

Als Gegenmaßnahme hatte Moskau beschlossen, dass insgesamt 755 Mitarbeiter der diplomatischen Missionen der USA Russland verlassen müssen. Damit sinkt deren Zahl auf 455 – das entspricht der Zahl der russischen Diplomaten in den Vereinigten Staaten.

Die Bundestagswahlen finden am 24. September statt.

Dnr-online.ru: In Donezk fand eine erweiterte Sitzung des Kollegiums des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR zu Aufgaben und Perspektiven der Bildung in diesem Jahr statt.

„Für das Schuljahr sind wir bereit. Vor uns steht eine Reihe von Aufgaben zur Reformierung und Optimierung des Bildungssystems. Die Einschreibungskampagne in die Hochschulen der Republik verlief erfolgreich, zu uns kamen Studenten vom Territorium des Donbass, das zeitweise von der Ukraine kontrolliert ist. Ab dem 1. September werden sie an unseren Hochschulen studieren“, unterstrich der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow.

Außerdem wurde angemerkt, dass in diesem Jahr in einer Reihe von Hochschulen die Zahl der Stipendienplätze für Abiturienten aus der DVR und vom Territorium des Donezker Oblast, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, im Rahmen der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass erhöht wurde.

Außerdem wurde in der Republik eine neue Hochschule eröffnet – die Donbasser Agrarakademie, die Spezialisten in einer der Schlüsselrichtungen der Entwicklung, der Landwirtschaft, ausbilden wird.

Außerdem werden in diesem Jahr in der Donezker medizinischen Nationaluniversität ausländische Studenten ihr Studium beginnen.

„Bei uns beginnt eine Serie von Maßnahmen unter der allgemeinen Bezeichnung pädagogische Augustkonferenz, die auf die Vorbereitung auf das neue Schuljahr ausgerichtet sind. Die Reform des Bildungssystems läuft schon im zweiten Jahr, es sind viele Neuerungen geplant“, fügte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larissa Poljakowa hinzu.

de.sputniknews.com: Russischer Gastransport in EU von USA nicht ersetzbar - Botschafter nennt drei Gründe

Die USA sind laut dem russischen Botschafter bei der EU, Wladimir Tschischow, nicht in der Lage, die russischen Gaslieferungen nach Europa zu ersetzen, selbst wenn sie gratis Flüssiggas schicken würden. Dafür nennt der Diplomat drei Gründe.

„Die USA haben derzeit nur einen Export-Terminal für Flüssiggas in Louisiana. Sie planen, sechs weitere Terminale in verschiedenen Teilen des Landes zu bauen, aber dafür braucht man erst mal Zeit“, sagte Tschischow gegenüber Sputnik Radio.

„Zweitens könnte das Gas einfach nicht ausreichen. Drittens gibt es in Europa nicht so viele Terminale, die bereit sind, Flüssiggas aufzunehmen. Es gibt zudem nicht so viele Transportschiffe für LNG“, betonte der Diplomat ferner..

Ukrinform.ua: Hrojsman: 600 Tage sind wir schon ohne russisches Gas

Die Ukraine beziehe bereits mehr als 600 Tage kein russisches Gas mehr und es gebe bereits eine positive Dynamik in der inländischen Gasgewinnung, erklärte der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, während einer Telefonkonferenz über die Vorbereitungen auf die kommende Heizsaison während der heutigen Arbeitsreise im Gebiet Mykolajiw, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wir leben bereits mehr als 600 Tage ohne einen Tropfen des russischen Gases, wir führen eine umfassende Modernisierung des Energiesystems durch, wir erhöhen die eigene Gasgewinnung, und es gibt bereits eine positive Dynamik“, sagte der Premier.

Gleichzeitig betonte er, man müsse nicht nur das importierte Erdgas ersetzen, sondern auch energieeffiziente Maßnahmen durchführen, um den Verbrauch von Energie-Ressourcen zu reduzieren und die Qualität der Bereitstellung der Dienstleistungen im Brennstoff- und Energiebereich zu erhöhen.

Die Ukraine hatte am 25. November 2015 aufgehört, das Gas aus Russland zu importieren.

Ukrinform.ua: Regierungschef Hrojsman: Keine Gaspreiserhöhung für Bevölkerung

Die Regierung unterstützt nach Worten des Ministerpräsidenten der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, keine Erhöhung des Erdgaspreises für die Bevölkerung.

Hrojsman sagte bei einer Beratung zum Thema Vorbereitung zur Heizsaison im Oblast Mykolaiw: „Die Regierung unterstützt keine Gaspreiserhöhungen im Land für die neue Heizsaison“. Zur Preiserhöhung für die Bevölkerung gebe es keine objektiven Gründe. Die Regierung werde keine Entscheidung über die Erhöhung des Gaspreises treffen.

Hrojsman besucht heute die Oblast Mykolaiw. Am Dienstag war er im Oblast Dnipropetrowsk, am Mittwoch in der Oblast Cherson.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Der Gegner verwendet weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen beim Beschuss des Territoriums der Republik.

In Richtung Donezk haben die ukrainischen Streitkräfte Artillerie, Panzer und Mörser verwendet. Auf **16 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 32 Geschosse des Kalibers 152mm, 17 Panzergeschosse, zehn Geschosse des Kalibers 100mm, 35 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 189 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Bei der Verteidigung der Republik **starben drei Soldaten** der Streitkräfte der DVR.

In der Folge der Beschüsse von Dokutschajewsk mit Mörsern und Schützenpanzerwaffen wurden vier Wohnhäuser in der Melnikow-, der Krepkij- und der Lenin-Straße beschädigt. Intensiv wurde auch Spartak von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern,

Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen. In der Folge geriet ein Wohnhaus in Brand. Dabei wurde von den Luftabwehrkräften der Streitkräfte der DVR eine **Drohne abgeschossen**, mit deren Hilfe die ukrainischen Soldaten die Feuerleitung für den Beschuss von Wohngebieten von Spartak durchführten.

In Richtung Gorlowka und Mariupol hat der Gegner Mörser verwendet und auf **neun Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 113 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 62 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 60 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die ukrainische Seite führt weiter Maßnahmen durch, die auf die **Destabilisierung der Lage** in der DVR, die Einschüchterung der Bürger und auf Panik gerichtet sind und die planmäßigen Charakter haben. Unter anderem wurden am 16. August **Gerüchte über eine Explosion auf dem Territorium der Donezker Chemiefabrik** verbreitet, angeblich in der Folge davon, dass trockenes Gras in Brand geraten war. Auch ist in letzter Zeit eine Zunahme von falschen Anrufen vom Territorium der Ukraine **über eine Verminderung ziviler Verwaltungsobjekte der Republik** zu verzeichnen. Dies demonstriert die Unterstützung terroristischer Methoden durch die ukrainische Seite.

Außerdem plant das Kommando der „ATO“ nach uns vorliegenden Informationen eine weitere Provokation im Gebiet von Granitnoje, die das Ziel hat, die Lage zu verschärfen. Dazu werden in dem genannten Gebiet Artillerieeinheiten zusammengezogen und das Personal der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte befindet sich in Bereitschaft. Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit der **Aktivierung von Untergrundtätigkeit von Diversions- und Erkundungsgruppen**.

Der vor kurzem ernannte Kommandeur der 128. Gebirgsturmbriade, der Kriegsverbrecher Sobko, bemüht sich im Vorfeld des Unabhängigkeitstags der Ukraine, sich bei seinem Kommando einzuschmeicheln und hat eine **weitere Provokation** mit einem Mörser- und Granatwerferbeschuss auf unsere Positionen im Gebiet von Golmowskij organisiert. **Unter Beschuss geriet ein Filmteam** des Fernsehsenders „TW Zentr“. Zu Glück gab es keine Opfer. Im Bemühen, die Spuren der erfolglosen Provokation zu verwischen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit umzulenken, hat Sobko eine Falschmeldung lanciert, mit der die Streitkräfte der DVR des Beschusses von Sajzewo beschuldigt werden. Nun haben in diesem Zeitraum in diesem Gebiet Vertreter der Internationalen Komitees vom Roten Kreuz eine Ausgabe von humanitärer Hilfe an örtliche Einwohner durchgeführt. Die von der Kiewer Regierung kontrollierten ukrainischen Massenmedien haben diesen Fake mit großem Vergnügen verbreitet.

Aber Sobko hat nicht berücksichtigt, dass die Vertreter des Roten Kreuzes und die anwesenden Offiziere der russischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine vollständige Einhaltung des Regimes der Feueinstellung in dem genannten Gebiet zur angegebenen Zeit bestätigt haben. Deshalb muss der junge Kommandeur noch viel bei einigen seiner Kollegen lernen, die in der Organisation von Provokationen und gestellten Reportagen etwas erfahrener sind.

Ukrinform.ua: Der Sendemast Tschongar im Oblast Cherson hat seinen Testbetrieb aufgenommen.

Wie Serhij Kostynskyi von dem Nationalen Rat der Ukraine für Rundfunk mitteilte, werden Programme der TV-Sender UA:Krim, 5. Kanal, ICTV, Tonis und Tschornomorska-Sender auf die Krim ausgestrahlt. Der reguläre Betrieb solle ab 1. September beginnen.

de.sputniknews.com: **Vor Treffen Surkow-Volker: Lage in Ostukraine spitzt sich zu**

Die Situation im Donbass hat sich kurz vor dem geplanten Treffen der Vertreter Russlands und der USA, Wladislaw Surkow, enger Berater von Russlands Präsident Wladimir Putin, und Kurt Volker, US-Sonderbeauftragter für die Ukraine, erneut zugespitzt, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Donnerstag.

Laut einer Quelle in Kiew kann von diesen Gesprächen die Entwicklung der Situation im Herbst abhängen. Die ukrainische Seite ist über die für September geplanten russisch-weißrussischen Übungen „Westen-2017“ (russ. „Zapad 2017“) sowie den vor wenigen Tagen in die Staatsduma (Parlamentsunterhaus) eingebrachten Gesetzentwurf über die Stationierung von russischen Flugabwehrkräften an der Grenze zur Ukraine besorgt.

Zuvor hatten ukrainische Politiker und Leiter der Sicherheitsdienste Befürchtungen geäußert, dass nach dem Manöver „Westen-2017“ von Weißrussland aus eine Offensive nicht nur in die Ukraine, sondern auch in einige benachbarte EU-Staaten gestartet werden könnte. Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak besuchte Anfang dieser Woche Polen, wo er potentielle Bedrohungen erörterte. „Wir verfolgen die Situation und kennen alle Bewegungen der russischen Truppen entlang unserer Grenze. Wir verstehen, welche Bedrohungen entstehen können, und werden auf die Bedrohungen adäquat reagieren, die diese Übungen mit sich bringen. Der Generalstab sieht mehrere Maßnahmen vor...“, sagte Poltorak nach seiner Rückkehr nach Kiew.

Die meisten ukrainischen Experten sind allerdings der Meinung, dass es keine Offensive geben werde. In der im Rahmen der Vorbereitung auf die Übungen zu erkennenden Verlegung der Militärs und Technik sehen sie eine Art Vorspiel zu den russisch-amerikanischen Ukraine-Gesprächen.

Eine neue Etappe des Dialogs begann vor dem Hintergrund neuer Sanktionen, die von US-Präsident Trump gebilligt wurden. Als erste Verhandlungsrunde auf dieser Etappe gilt das jüngste Treffen des US-Außenministers Rex Tillerson mit dem russischen Außenamtchef Sergej Lawrow am Rande des ASEAN-Gipfels in Manila. Beide schätzten das Gespräch positiv ein und berichteten über die erreichte Vereinbarung, ein weiteres Treffen auf der Ebene des Beraters des russischen Präsidenten Wladislaw Surkow und des US-Sondergesandten für die Ukraine, Kurt Volker, zu organisieren. Das Treffen soll in der kommenden Woche stattfinden, doch bislang wurden keine Details bekannt gegeben. Nach inoffiziellen Angaben lud die russische Seite Volker nach Kaliningrad ein, die US-Seite schlug Österreich und die Schweiz als Treffpunkt vor. Wie der Politologe Alexej Tschesnakow berichtete, findet das Treffen wohl in Minsk statt. Für die russische Delegation sei es ein guter Kompromiss – das Gebiet des Unionsstaates Russland und Weißrussland und nicht weit von Kaliningrad.

Seit der Ernennung Volkers zum Sondergesandten für die Ukraine war er bereits zweimal in der Ukraine – nicht nur in Kiew, sondern auch im Donbass, an der Trennungslinie. Ihm zufolge geht es im Donbass nicht um einen eingefrorenen Konflikt, sondern um einen heißen Konflikt. Volker machte Russland für die Situation in der Ostukraine verantwortlich.

In dieser Woche wurde in den Berichten der OSZE-Mission die Bewegung der Militärtechnik auf den Gebieten festgestellt, die nicht von der Ukraine kontrolliert werden. In offiziellen Dokumenten heißt es, dass die OSZE-Drohnen außerhalb der vereinbarten Stationierungsorte Panzer, Mehrfachraketenwerfer, Selbstfahrlafetten fixiert hätten. Zugleich berichtete die ukrainische Seite, dass in dieser Woche die Grad-Komplexe gegen sie eingesetzt worden seien. Die OSZE wolle die Zahl der Beobachtungsstellen im Donbass erhöhen, hieß es.

Die Ukraine stellt seit langem die Effizienz der Tätigkeit der OSZE-Mission infrage. Kiew beharrt auf der Bildung einer internationalen Friedensmission. Doch im UN-Sicherheitsrat wird diese Initiative von Russland blockiert, weil der Einzug von Friedenssoldaten nicht von den Minsker Abkommen vorgesehen ist. Auch die Führung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk tritt dagegen ein.

Laut dem ukrainischen Militärexperten Oleg Schdanow wird keine Bewegung in diese Angelegenheit kommen, solange juristisch nicht definiert ist, wer gegen wen im Donbass

kämpft. Die ukrainische Seite soll ihm zufolge in Dokumenten fixieren, was sie in politischen Erklärungen sagt, — dass im Osten des Landes nicht ein innerer Konflikt, sondern ein Krieg im Gange sei, der durch äußere Aggression verursacht worden sei. Nur in diesem Fall könnte die UNO Friedenssoldaten entsenden.

Gegenwärtig bleibe die Situation jedoch unverändert: Russland verneint seine Beteiligung am Konflikt im Donbass und empfiehlt der Ukraine, sich mit den beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Ukraine bezeichnet Russland indes als ihren wahren Gegner.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueinstellung dreimal verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Perwomajsk und Kalinowka**. Die ukrainischen Streitkräfte haben 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer und verschiedene Arten von Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 38 Geschosse abgeschossen. Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es keine.

Die Volksmiliz der LVR setzt die intensiven planmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung und zur Geschlossenheit der Einheiten fort. Regelmäßig werden Trainings mit dem Personal zur Erhöhung der Kampffähigkeit durchgeführt.

Heute Morgen wurde eine außerordentliche Überprüfung der Gefechtsbereitschaft der Kommunikations- und der Aufklärungseinheiten der Volksmiliz durchgeführt. Im Verlauf der Überprüfung haben die Kommunikationssoldaten Aufgaben zur speziellen taktischen Ausbildung mit Installation von Apparaturen zur Organisation der Kommunikation bearbeitet und die Aufklärer Aufgaben zur Installation von Aufklärungsmitteln.

Die Soldaten der überprüften Einheiten haben ihre Aufgaben mit „ausgezeichnet“ gelöst. Im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgsturmgruppe, nordwestlich von Solotoje wurden von uns die Stationierung von Raketenartilleriewaffenlagern entdeckt.

Die Lager befinden sich auf einem offenen eingezäunten Platz in gefährlicher Nähe zu Wohngebieten und es werden alle existierenden Lagerungsregeln missachtet.

Das Kommando der „ATO“ konzentriert Munitionsvorräte, um provokative Aktivitäten gegenüber der Volksmiliz und Beschüsse des Territoriums der Republik durchzuführen. Dabei missachten die ukrainischen Streitkräfte die Sicherheit der friedlichen Bürger.

Die **OSZE-Mission** hat in ihrem Bericht auf eine **Verschiebung von Technik der Volksmiliz der LVR in Mirnoje im Krasnodonskij-Bezirk** hingewiesen“, wo „vier Panzer auf Schlepper verladen wurden“, in Krasnodon, wo „vier Panzer auf Schleppern in Richtung Krasnyj Lutsch fuhren“, außerdem wurde ein T-64-Panzer in Semeloje im Slawjanoserbskij-Bezirk festgestellt, der „dort in Verletzung der Abzugslinie stationiert ist“.

Ja, diese Informationen entsprechen der Wirklichkeit, aber sie wurden ein weiteres Mal voreingenommen dargestellt – in Form von Beschuldigungen der Volksmiliz der LVR. Die Technik wurde tatsächlich **auf einen Übungsplatz verschoben**, um dort Panzerwettbewerbe durchzuführen. Gemäß den in Minsk unterzeichneten Vereinbarungen verstoßen wir gegen nichts, wir haben die OSZE rechtzeitig über die durchzuführenden Panzerwettbewerbe informiert.

Und der T-64 befindet sich seit 2015 in Smeloje, dies ist ein zerstörter und ausgebrannter ukrainischer Panzer. Im Bericht steht sogar, dass am Turm des Panzer und am Geschützlauf Brandspuren sind, am Turm fehlen auch die Luken und es gab kein Maschinengewehr. Warum sie auf diesen Panzer im Bericht hingewiesen haben, ist uns unverständlich.

Ich erinnere daran, dass es zuvor im Slawjanoserbskij-Bezirk eine ähnliche Situation gab: Die

OSZE-Mission registrierte einen Panzer als Verstoß, der als Denkmal auf einen Sockel gestellt werden soll.

Ukrinform.ua: **Fußballspiel Mariupol - Dynamo besucht Führung der OSZE-Beobachtungsmission**

Am 27. August findet in Mariupol das Spiel der 7. Runde der Fußballmeisterschaft des Landes zwischen den FC „Mariupol“ und „Dynamo Kiew“ statt.

Bei diesem Spiel werden die Vertreter der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine unter der Leitung des ersten stellvertretenden Leiters der OSZE-Beobachtungsmission, Alexander Hug, anwesend sein, ließ die Pressestelle des ukrainischen Fußballverbandes mitteilen.

Die Anwesenheit der Beobachter einer angesehenen internationalen Organisation bei diesem Spiel werde eine gewichtige Garantie für die sichere Austragung des Spieles sein, sagte der Präsident der Fußballföderation, Andrij Pawelko.

„Unsere internationalen Partner begrüßten die Tatsache, dass das Spiel ausgerechnet in Mariupol stattfindet. Das ist eine Bestätigung der Aussichten auf das friedliche Leben und ein Beispiel für die Wirksamkeit der Politik zur Reintegration der vorübergehend besetzten Gebiete im Donbass und angrenzender Gebiete. Gerade deshalb ist Mariupol zum Zentrum der besonderen internationalen Aufmerksamkeit geworden, das in letzter Zeit unsere Partner und Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten, Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie hohe Beamte und Politiker aus den EU-Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten regelmäßig besuchen“, hob er hervor.

Andrij Pawelko ist sicher, dass das von den pro-russischen Terroristen befreite Mariupol am 27. August dank dem Spiel der Mannschaften aus Kiew und Mariupol und der Anwesenheit der Vertreter der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beim Spiel auch zum Zentrum eines echten Festes für Tausende von Fußballfans wird.

de.sputniknews.com: Dalai Lama sieht „großes Potenzial“: Russland kann zur weltführenden Nation werden

Russland hat großes Potenzial, zur führenden Nation des Planeten zu werden und die Welt verändern zu können. Diese Meinung äußerte das geistige Oberhaupt der tibetischen Buddhisten, der Dalai Lama, in seiner Ansprache an die Teilnehmer des Forums „Synergy Global Forum“ am Donnerstag in Moskau.

„Russland ist eine große Nation. Und geographisch gesehen ist Russland eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen“, so das geistige Oberhaupt der Tibeter. Das Land könne in großem Maße zur Veränderung der Welt beitragen, besonders in Europa.

„Russland hat geographisch großes Potenzial (...) Ich glaube, dass Russland es schafft, seine Möglichkeiten richtig zu verteilen. Es hat das Potenzial, zur führenden Nation der Welt zu werden“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31359/47/313594702.jpg>

de.sputniknews.com: Amerikas Fehlschuss gegen Russland: Öl-Abhängigkeit des Rubels auf Rekordtief

Vor dem Hintergrund der US-Sanktionen gegen die russische Ölindustrie ist die Abhängigkeit des Rubels vom Ölpreis nach Angaben der Zentralbank in Moskau auf ein historisches Tief gesunken.

Im Juli habe der Rubel um 1,5 Prozent an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren — trotz der Abschwächung der amerikanischen Währung und trotz des angestiegenen Ölpreises, teilte die russische Zentralbank in einer am Donnerstag veröffentlichten Finanzmarktübersicht mit. Die Hauptursachen für den schwächeren Rubel sieht die Zentralbank demnach darin, dass die russischen Exporteure im Juli weniger Devisen verkauften und die Devisenausländer dabei ihre Dividenden in Devisen konvertierten. „Darüber hinaus haben die neuen US-Sanktionen gegen Russland, die die Tätigkeit der Ölförderer beschränken, zur Abschwächung des Rubels beigetragen.“

Doch vor diesem Hintergrund sei der Rubelkurs sowohl vom Ölpreis als auch von der US-Währung unabhängiger geworden. Die Rubel-Abhängigkeit liege auf einem „historischem Tief“, so die Zentralbank. „Die gesunkene Abhängigkeit von den Ölnotierungen hat eine niedrigere Volatilität des Rubelkurses vom US-Dollar zur Folge.“

Mptdnr.ru: Heute, am 17. August, wurden im Festsaal der Verwaltung des staatlichen Unternehmens „Dokutschajewsker Gesteinkombinat“ Schulsachen und finanzielle Unterstützung an die Arbeiter des Kombinats, deren Kinder in die erste Klasse kommen, übergeben.

Unter Berücksichtigung der jetzigen nicht leichten Zeit hat die Verwaltung des Gesteinskombinats gemeinsam mit der Betriebsorganisation der Gewerkschaft den Mitarbeitern im Vorfeld des neuen Schuljahrs die notwendigen Schulsachen überreicht sowie eine finanzielle Unterstützung zum Kauf von Schulsachen für die Erstklässler.

„In diesem Jahr kommen 24 Kinder unserer Mitarbeiter in die erste Klasse. Wir legen alle Anstrengungen darein, dass der Festtag des ersten Läutens und der Tages des Wissens für unsere Kinder ein Tag wird, an den sie sich erinnern werden, denn sie erwarten ihn mit sehr großer Ungeduld“, berichtete der Direktor des Unternehmens Iwan Fomitschew. „Mir gefallen die Geschenke sehr gut, so schöne Hefte, Filzstifte und ein Hausaufgabenheft. Und die

Schultasche, genauso eine wollte ich haben! Ich will alles möglichst schnell im Unterricht benutzen“, sagte die zukünftige Erstklässlerin Anna Olejnik.

Zum Abschluss der Veranstaltung gratulierte der Direktor des staatlichen Unternehmens Dokutschajewsker Gesteinskombinats den Eltern und zukünftigen Erstklässlern zum bevorstehenden Tag des Wissens und wünschte den Kindern gute Noten, Erfolge, Gesundheit und Wohlergehen.

de.sputniknews.com: Überraschende Ergebnisse: Diese Länder sehen Russland als „größte Gefahr“ an

Wie eine aktuelle Umfrage des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts „Pew Research Center“ ergeben hat, stuft der Großteil der Bevölkerung von nur zwei aus insgesamt 37 an der Studie teilgenommenen Staaten Russland als größte Gefahr für das jeweilige Land ein.

Demnach betrachtet nur die Mehrheit in Polen und der Türkei mit 65 Prozent bzw. 54 Prozent Russland als größte Bedrohung.

In den restlichen Ländern vertreten bedeutend weniger Menschen dieselbe Auffassung. In einigen Staaten ist aber der Glaube an die „russische Gefahr“ noch ziemlich präsent: in Jordanien 49 Prozent, den USA und Spanien je 47 Prozent, Frankreich 45 Prozent, den Niederlanden 44 Prozent, Großbritannien 43 Prozent.

Die niedrigsten Kennziffern wiesen Vietnam mit elf Prozent, Senegal mit 16 Prozent, Indien mit 17 Prozent, Venezuela, Kolumbien und Peru mit je 19 Prozent auf.

Die Studien erfolgten in 37 Staaten von Februar bis April 2017. Befragt wurden 987.000 bis 1.505 Menschen pro Land. Der statistische Fehler liegt bei unter 4,44 Prozent.

Ukrinform.ua: Landwirtschaftsministerium: Ukrainischer Zucker wird europäische Anforderungen haben

Das Landwirtschaftsministerium der Ukraine hat den Entwurf der Verordnung „Über die Genehmigung der Anforderungen für die Zuckerarten für den menschlichen Verzehr“ veröffentlicht, deren Zweck die Anpassung der Anforderungen für die ukrainische Zuckerproduktion an die europäischen Standards ist.

„Das Dokument (Entwurf der Verordnung - Red.) enthält die Anforderungen für Terminologie, Markierung der Zuckerarten für menschlichen Verzehr, deren Erfüllung den Binnenmarkt mit hochwertigen Produkten versorgen und die Möglichkeiten der Ukraine für die Erschließung der Weltmärkte erheblich erweitern wird“, heißt es im Bericht.

Der Entwurf der Verordnung „Über die Genehmigung der Anforderungen für die Zuckerarten für den menschlichen Verzehr“ wurde zwecks der Harmonisierung der ukrainischen Gesetzgebung mit der EU-Gesetzgebung im Teil der Anforderungen für den Zucker und seine Arten, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, ausgearbeitet.

Das Landwirtschaftsministerium stellt fest, dass die Verabschiedung der Verordnung die Produzenten des inländischen Zuckers verpflichtet, die darin angegebenen Anforderungen zu erfüllen.

Der Entwurf der durch das Ministerium ausgearbeiteten Verordnung ist Teil der Umsetzung der Normen und Richtlinien der EU in der nationalen Gesetzgebung im Rahmen der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union.

de.sputniknews.com: „Zeugen Jehovas“ sind nun offiziell in Russland verboten

Das Justizministerium Russlands hat die „Zeugen Jehovas“ in die Liste der im Land verbotenen Organisationen eingetragen, wie die Behörde auf ihrer Homepage am Donnerstag mitteilt.

Es handele sich dabei um das „Verwaltungszentrum der Zeugen Jehovas in Russland“ und um

395 lokale Filialen. Die Entscheidung wurde demnach gemäß dem Gesetz „Über den Widerstand gegen Extremismus“ aufgrund eines Beschlusses des Obersten Gerichts vom 20. April 2017 sowie einer Berufungsentscheidung des Berufungskollegiums des Obersten Gerichts vom 17. Juli getroffen.

Das Oberste Gericht Russlands hatte Ende April auf einen Klageantrag des russischen Justizministeriums hin die Tätigkeit der „Zeugen Jehovas“ im Land verboten und diese Organisation als extremistisch eingestuft.

Die „Zeugen Jehovas“ sind eine christliche, chiliastisch ausgerichtete und nichttrinitarische Religionsgemeinschaft. Sie bezeichnen ihre innere Verfassung als „theokratische Organisation“, die derzeit aus über sieben Millionen Mitgliedern bestehe. Der Sitz befindet sich in New York. Die „Zeugen Jehovas“ sind durch ihre ausgeprägte Missionstätigkeit, ihre Ablehnung von Bluttransfusionen, das Nichtbegehen aller christlichen Feier- und Festtage außer dem Abendmahl und das Nichtfeiern von Geburtstagen bekannt.

de.sputniknews.com: US-Neonazi-Seite „The Daily Stormer“ in Russland gesperrt

Die neonazistische Webseite „The Daily Stormer“ ist auf Forderung der russischen Aufsichtsbehörde für Kommunikation Roskomnadsor in Russland gesperrt worden. Dies teilt die Webseite der Behörde am Donnerstag mit.

„Die Webseite ‚The Daily Stormer‘ macht Propaganda für die neonazistische Ideologie, schürt Rassen- und Völkerhass“, hieß es. Daher habe Roskomnadsor die zuständigen Organe gebeten, die Webseite in Russland zu sperren.

Am 13. August war bei „The Daily Stormer“ ein Artikel erschienen, in dem die bei den Anti-Nazi-Protesten in Charlottesville getötete Heather Heyer beleidigt wurde. Der Chefredakteur und Gründer des Portals, Neonazist Andrew Anglin, bezeichnete die Frau in dem Artikel als „dicke kinderlose Hure“ und eine „Last für die Gesellschaft“.

Als Reaktion auf die Beleidigungen verweigerte der Domain-Provider GoDaddy der Webseite seine Dienstleistungen. Später wurde bekannt, dass die Webseite auf eine russische Domain umgezogen sei.

„The Daily Stormer“ war 2013 gegründet worden. Auf dem Portal werden neonazistische Inhalte sowie Beiträge, die die Theorie der Überlegenheit der Weißen unterstützen, verbreitet.

Dnr-online.ru: Im Verlauf des 3. Quartal 2017 ist es dem Gesundheitsministerium der DVR aufgrund rationeller Planung gelungen, den Umfang der aus Haushaltsmitteln gekauften Medikamente zu vergrößern. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Durch den Ersatz teurer Importmedikamente durch analoge russische, die preisgünstiger sind, ist es dem Gesundheitsministerium der DVR gelungen, den Umfang der gekauften Medikamente und medizinischen Materialien um 27% zu erhöhen“, sagte der Gesundheitsminister der DVR Alexandr Oprischtschenko.

Nach den Worten des Gesundheitsministers der DVR hat das Ministerium beim ausgeschriebenen Kauf von Medikamenten und medizinischem Material den medizinischen Einrichtungen aller Eigentumsformen zentral empfohlen, ausschließlich Produkte russischer Produzenten zu kaufen, die Medikamente hoher Qualität zu günstigen Preisen anbieten.

„Im 4. Quartal 2017 plant das Gesundheitsministerium, weiter eine solche effektive ökonomische Politik im Bereich der ausgeschriebenen Käufe zu betreiben, um eine größere Zahl von Patienten aller medizinischer Einrichtungen mit kostenlosen Medikamenten versorgen zu können sowie um die Qualität der medizinischen Behandlung zu verbessern“, fasst Alexandr Oprischtschenko zusammen.

de.sputniknews.com: Experte: Kiew schleimt bei Washington ohne Wenn und Aber

Trump hat mit Kiew eine alte Rechnung offen und kürzt Finanzhilfen an die Ukraine um mehr

als zwei Drittel. Sogleich spurtet Kiew los, um die Gunst seines US-Partners mit einem Gerichtsverfahren gegen eigene Leute wieder zu erhaschen, wie der Politologe Alexander Dudtschak im Sputnik-Interview erklärt.

„Die Ukraine ist in den Augen Washingtons zu einem unzuverlässigen Partner geworden. Bilaterale Kontakte auf höchster Ebene sind zeitweise völlig eingestellt und die Finanzhilfen erheblich reduziert worden“, erklärte der Rada-Abgeordnete Andrej Derkatsch bei Facebook. Der Parlamentarier hatte ein Verfahren gegen die ukrainische Antikorruptionsbehörde NABU initiiert, weil diese angeblich Washingtons Vertrauen zu Kiew untergraben habe. Die ukrainische Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Abgeordnete Derkatsch erklärte weiter:

„Die US-Unterstützung ist für die Ukraine lebenswichtig. Nur gründliche und transparente Ermittlungen zur illegalen Einmischung ukrainischer Amtsträger in die US-Wahlkampagne kann das Vertrauen des strategischen Partners in die Ukraine wiederherstellen“

Der Politologe Alexander Dudtschak sagte im Sputnik-Interview, mit dem gerichtlichen Verfahren wolle sich Kiew bei Washington um jeden Preis einschmeicheln: „Natürlich hat die Ukraine keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlen in den USA ausüben können. Die heutigen Machthaber sind nach dem Maidan mit Unterstützung der Obama-Administration an die Macht gelangt, sind von ihr hochgepäpelt worden. Kiew konnte nicht anders als auf die Obama-Administration zu setzen, und trat deshalb gegen Trump auf.“

Trump hat das nicht vergessen, wie der Politologe erklärt: „Nachtragend ist er zwar nicht, aber ein gutes Gedächtnis hat er. Also hat er gesagt, dass Ermittlungen vorgenommen werden müssen.“ Die USA würden sich diese ganze Maidan-Clique gerne vom Leib halten und „sie nur bei Bedarf an der Anti-Russland-Front heranziehen.“ Kiew müsse jetzt um jeden Preis auf sich aufmerksam machen und „sich bei den Vereinigten Staaten einschmeicheln. Zumal der US-Präsident persönlich Kiew verdächtigt“, resümiert der Analyst.

Der US-Präsident Trump hatte am 25. Juli gefordert, die Rolle der Ukraine bei der Unterstützung Hillary Clintons im US-Wahlkampf aufzuklären. Trump twitterte: „Die Bemühungen der Ukraine, Trumps Kampagne zu sabotieren, stärkten allmählich Clintons Position. Und wo bleibt die Untersuchung, Generalbundesanwalt?“ – gemeint war Jeff Sessions.

Die Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Sanders hatte früher erklärt, der Nationalausschuss der US-Demokraten habe mit der ukrainischen Botschaft „de facto zusammengearbeitet“ bei der Suche nach belastendem Material gegen die Republikaner. Dies sei „gut dokumentiert“. Die Vereinigten Staaten planten, der Ukraine 570 Millionen US-Dollar im Jahr 2018 bereitzustellen. Im neuen Haushaltsentwurf ist der Umfang der Finanzhilfe um 69 Prozent auf 177 Millionen Dollar reduziert worden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31705/99/317059905.jpg>

abends:

dnr-news.com: Wjatrowitsch: Die Dekommunisierung in der Ukraine ist durchgeführt
Die Dekommunisierung in der Ukraine wurde durchgeführt. Dies erklärte der Direktor des
"Ukrainischen Instituts des nationalen Gedenkens" Wladimir Wjatrowitsch.

Nach seinen Worten wurden in der Ukraine 987 Ortschaften und 52000 Straßen
dekommuniziert, aber damit sei die Dekommunisierung noch nicht abgeschlossen.

„Das ist fast alles. Warum sage ich fast? Weil es Ortschaften gibt, die selbst mit einer
Initiative kamen. Zum Beispiel sagen sie, dass das Dorf Petrowo tatsächlich zu Ehren
irgendeines Petrowo benannt wurde, der ein Aktivist der Kollektivierung war“, erklärte der
Direktor des Instituts.

Außerdem berichtete Wjatrowitsch, dass die Oblaste Dnjepropetrowsk und Kirowgrad
deshalb nicht umbenannt wurden, weil diese Umbenennungen durch Verfassungsänderungen
der Ukraine durchgeführt werden sollen.

„Selbst in Kiew müssen, so scheint es, noch Dutzende Namen dekommuniziert werden.

Jedoch kann man insgesamt sagen, dass die Dekommunisierung im Kontext der
Umbenennungen durchgeführt wurde“, fügte Wjatrowitsch hinzu.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-08/thumbs/1502983725_article2403.jpg

de.sputniknews.com: Polen: Angst vor „Gefahr seitens Russlands“ verliert enorm an Boden – Umfrage

Die Zahl der Polen, die in der russischen Politik eine Bedrohung für ihr Land sehen, ist um über die Hälfte gesunken. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes IBRiS für die polnische Zeitung „Rzeczpospolita“.

Demnach halten 40 Prozent der befragten polnischen Bürger Russlands Politik für die „größte Bedrohung“ für ihr Land.

Die Umfrage hat am 11. und 12. August stattgefunden. Eine ähnliche Studie war schon vor drei Jahren durchgeführt worden. Damals waren noch rund 83 Prozent der Befragten dieser Ansicht.

Eine Bedrohung seitens Russlands sehen laut der aktuellen Studie insbesondere Anhänger der polnischen Opposition: 53 Prozent der Befragten, die eigenen Angaben nach die oppositionelle „Bürgerplattform“ unterstützen, respektive 40 Prozent der Anhänger der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“.

Ferner zeigen die Umfrageergebnisse, dass überwiegend gebildete Studienteilnehmer eine Gefahr in der russischen Politik sehen: 47 Prozent der Befragten mit Hochschulausbildung respektive 23 Prozent der Befragten ohne dergleichen.

Als weitere Bedrohungen für Polen nannten die Befragten den islamischen Terrorismus (20 Prozent) und die deutsche wirtschaftliche Dominanz in Europa (elf Prozent). Im Vergleich zu den Umfrageergebnissen von vor drei Jahren wird deutlich, dass die Terrorangst der polnischen Bürger rapide gewachsen ist: damals waren es noch vier Prozent.